

Protokoll der ordentlichen Gemeindeversammlung (Budget)

Datum	5. November 2018
Zeit	19:30 - 22:00 Uhr
Ort	Aula Kantonsschule Romanshorn
Vorsitz	David H. Bon, Stadtpräsident
anwesend	276 Stimmberechtigte Nicht Stimmberechtigte
Stimmzähler	Jeannette Bisig Regula Hug Helen Gazzi Hedy Joos
entschuldigt abwesend	--
Protokoll	Bettina Beck, Stadtschreiberin

Traktanden

1. Budget der Politischen Gemeinde für das Jahr 2019
2. Regionales Pflegeheim - Budget 2019 - Kenntnisnahme
3. Mitteilungen und Umfrage

Sachverhalt

Stadtpräsident David H. Bon begrüsst mit kleiner Verspätung die 276 Stimmberechtigten zur diesjährigen Budgetgemeinde. Neben Markus Schoch als Vertreter der Presse heisst er auch die verschiedenen Gäste sowie die Präsidenten der Körperschaften herzlich willkommen. Ebenso werden auch die vier Urnenoffiziantinnen, die Helferinnen und Helfer sowie die Mitglieder der Geschäftsleitung begrüsst. Der Kantonsschule verdankt er das Gastrecht sowie die einwandfreie Betreuung durch das Hauswartsteam.

Der Stadtpräsident stellt fest, dass die Einladung und der Versand der Unterlagen fristgemäss erfolgte und gegen die Wahl der StimMZählerinnen keine Einwände vorgebracht werden. Er fügt an, dass die Verwaltung immer bestrebt ist, die Unterlagen so rasch wie möglich der Bevölkerung zur Verfügung stellen zu können, das heisst vor der gesetzlichen Frist.

Die Beratung der Geschäfte ist wie folgt gegliedert:

- Budget 2019
 - o Ausgangslage
 - o Erfolgsrechnung Budget 2019
 - o Die Einnahmeseite: Steuern
 - o Investitionen 2019 und Investitionsplan 2019-2023
 - o Diskussion und Beschlussfassung
- Regionales Pflegeheim Budget 2019 (Information)
- Mitteilungen und Umfrage

Bevor der Stadtpräsident die Beratung der Traktanden starten kann, wird das Wort aus dem Publikum verlangt.

Hansruedi Bachmann möchte bereits zu Beginn zum Budget 2019 den Antrag stellen, dieses ohne Diskussion an den Stadtrat zurückzuweisen. Nicht von diesem Antrag betroffen ist das Budget des Regionalen Pflegeheims. Dieses wird auch nur zur Kenntnis genommen. Er begründet seinen Antrag insbesondere damit, dass der anlässlich der letzten Budgetgemeindeversammlung bekundete Sparwillen bei der Stadtregierung nicht zu erkennen ist und diese, gemäss seiner Ansicht, macht was sie will. Hierzu nennt er die Gestaltung der Alleestrasse oder auch den Einzug der Bauverwaltung im alten Postgebäude, obwohl das Projekt der Zentralen Verwaltung im Postgebäude vom Stimmvolk klar abgelehnt wurde. Im Weiteren führt er aus, dass das Ergebnis der letzten Jahresrechnung nur Dank der Sonderdividende der Gasversorgung sowie den höheren Steuererträgen so positiv ausgefallen ist. Der Sparauftrag sei damit nicht umgesetzt.

Nach einer kurzen Klärung mit dem Stadtpräsidenten betreffend der Behandlung von Ordnungsanträgen führt Hansruedi Bachmann weiter aus, dass in diesem Budget noch viel Sparpotenzial vorhanden sei. Neben den höheren Mietkosten wie auch höheren Sitzungs- und Tagungsgeldern bemängelt er die Darstellung der internen Verrechnungen, welche für ihn nicht nachvollziehbar sind. Sein drittes Argument betrifft das Vermögen der Stadt, welches sich, wenn so weiter gearbeitet wird, zu einer Schuld entwickeln und Steuerfusserhöhungen mit sich bringen wird. Auch dies ist nach seiner Ansicht nicht transparent ausgewiesen und die im Finanzplan langfristig prognostizierte Nettoschuld von 35 Millionen für ihn nicht tragbar. Sein letztes Argument betrifft die Gesamterneuerungswahlen vom kommenden Jahr. Die Hälfte der Mitglieder des Stadtrates werden im kommenden Jahr nicht mehr zur Wiederwahl antreten und sich damit nicht mehr für das Budget verantworten können. Er empfiehlt deshalb das Budget für das Jahr 2019 zurück zu weisen und durch die neue Stadtregierung erstellen zu lassen.

Der Stadtpräsident weist nochmals daraufhin, dass es sich hierbei um einen Ordnungsantrag handelt, welcher unverzüglich zu bereinigen ist. Er ergänzt, dass bei einer Rückweisung des Budgets ohne Diskussion kein klarer Auftrag besteht, bei welchen Positionen für die Überarbeitung angesetzt werden soll.

Antrag Bachmann: Das Budget 2019 der Stadt Romanshorn soll zurückgewiesen werden.
Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Erfolgsrechnung 2019

Der Stadtpräsident beginnt mit seiner Präsentation der Budgetzahlen und kann den Anwesenden gleich zu Beginn eine positive Nachricht überbringen. Zu den bereits sehr erfreulichen Budgetzahlen, welche in der Botschaft abgebildet sind, kann er von einem erhöhten Zentrumslastenausgleich berichten. Dieser Ausgleich erhöht sich durch die Revision des Finanzausgleichs auf rund 910'000 Franken und führt zusammen mit den Einsparungen von rund 800'000 Franken zu einem positiven operativen Ergebnis von 300'744 Franken. Zum Zeitpunkt der Budgetierung im Juni 2018 war noch nicht klar, wie sich der Zentrumsausgleich genau verändern würde. Aufgrund der ersten Informationen der kantonalen Stellen musste von einem tieferen Wert ausgegangen werden, weshalb der bisher ausbezahlte Ausgleich budgetiert wurde. Er weist jedoch nochmals daraufhin, dass dieser allein nicht ausreichen würde und das positive Ergebnis nicht möglich wäre, wenn nicht auch die bekannten, grossen Sparbemühungen in Angriff genommen worden wären.

Per 31. Dezember 2017 verfügt die Stadt über einen Bilanzüberschuss von 4,9 Millionen und ein Nettovermögen von 4,6 Millionen Franken. Der Steuerfuss ist seit 2014 unverändert bei 72 %.

Der Stadtpräsident kommt zurück auf das publizierte Budget 2019, welches mit einem Defizit von 286'256 Franken abschliesst. Aus dem Programm der haushaltssichernden Massnahmen kommen insbesondere die Einsparungen beim Chinderhuus, die Auflösung der Stabsstelle Realisierung oder auch die Einsparungen beim Jugendtreff positiv zum Tragen. Sparen ist für alle nicht einfach. Der Stadtrat hat sich dieser unpopulären Aufgabe angenommen und hat grosse wie auch kleinere Potenziale identifiziert und eingespart. Bedauerlich ist, dass die Spareffekte durch die in etwa gleicher Grössenordnung weiter ansteigenden gebundenen Ausgaben wieder aufgehoben werden.

Mit einem Bild voller unterschiedlich grosser Beträge, deren Summe es zu erraten gilt, zeigt der Stadtpräsident den Stimmberechtigten auf, dass auch viele kleinere Beträge zu einem grossen Ergebnis führen können. Es wird beim Sparen nicht ein besonderer Fokus auf kleine Beträge gelegt, aber auch diese können im ganzen Bild eine Relevanz entwickeln.

Mit Blick auf die Erfolgsrechnung können auf der Ausgabenseite trotz Stellenaufbau in den Sozialen Diensten relativ konstante Personalkosten ausgewiesen werden. Der Sachaufwand ist im Vergleich zu 2018 leicht höher. Im sehr konstanten, sogar leicht sinkenden Verhältnis der Kosten allgemeine Verwaltung und Personalaufwand pro Einwohner ist ersichtlich, dass die Verwaltung mit der Bevölkerung moderat mitwächst. Die Kosten für die Informatik wurden aus Transparenzgründen abteilungsbezogen aufgeteilt, werden aber weiterhin auch als eigene Position (saldiert) ausgewiesen.

Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr und Gemeindestrassen steigen weiter an. Insbesondere die Fahrplanverdichtung, welche am 3. Dezember 2018 in Romanshorn feierlich begangen wird, sowie auch höhere Auslagen für notwendige Strassensanierungen führen zu grösseren Aufwänden in diesen beiden Kontengruppen. Die erwartete Stabilisierung der Kosten für Gesundheit und soziale Sicherheit kann noch nicht festgestellt werden. Während die stationäre Krankenpflege weiter zunehmen wird, kann bei der ambulanten Krankenpflege mit einem Rückgang gerechnet werden. In diesem Zusammenhang dankt der Stadtpräsident der Spitex Region Romanshorn für die kostenbewusste und engagierte Arbeit. Die Aufwände für die wirtschaftliche Hilfe und die Prämienverbilligungen steigen

weiter an. Die beiden Funktionen Gesundheit und soziale Sicherheit stellen rund 45 % der steuerfinanzierten Ausgaben dar.

Die Steuerkraft im Kanton ist weiter angestiegen. Leider kann Romanshorn bei dieser Entwicklung nicht im gleichen Masse mithalten. Nichts destotrotz wird bei den Steuererträgen der natürlichen Personen, aufgrund des erfreulichen anhaltenden Bevölkerungswachstums und einer Erhöhung der Steuerkraft, eine Zunahme erwartet. Bei den juristischen Personen ist aufgrund der Unternehmenssteuerreform III mit einem weiteren Rückgang des Steuerertrages zu rechnen, weshalb trotz guter Konjunkturprognose kein Einnahmenwachstum vorgesehen ist.

Mit gleichbleibendem Steuerfuss von 72 % darf auf der Einnahmeseite zusammen mit dem erhöhten Finanzausgleich eine erfreuliche Steigerung erwartet werden. Die nur schwer einschätzbaren Grundstückgewinn- und Liegenschaftensteuern werden gleichbleibend budgetiert.

Der Finanzplan zeigt, dass sich das Steuerwachstum erholt hat. Es ist jedoch ist damit zu rechnen, dass sich das Verhältnis Aufwand und Ertrag wegen den gebundenen Kosten weiter verschlechtern wird. Mittelfristig kann bei gleichbleibendem Steuerfuss eine ausgeglichene Rechnung präsentiert werden. Jedoch kann mit unveränderter Ausgangslage kein Schuldenabbau erfolgen und Investitionen müssen fremdfinanziert werden, was zu einer weiteren Verschlechterung des Selbstfinanzierungsgrades führt. Um diese Entwicklung durchbrechen zu können, wird es ohne anderweitige Mehreinnahmen voraussichtlich notwendig werden, den Steuerfuss anzupassen. Bevor jedoch weitere Schritte in die Wege geleitet werden, soll der Rechnungsabschluss 2018 abgewartet werden.

Investitionen 2019 und Investitionsplan 2019 - 2023

Der Stadtpräsident macht einige Ausführungen zu den finanzpolitischen Zielen. Aufgrund der aktuellen Ausgangslage liegt der Fokus beim Erhalt der Infrastruktur. Investitionen sollen über Schulden finanziert werden können, jedoch soll die Nettoschuld pro Einwohner nicht über 2'000 Franken ansteigen. Bis Ende 2023 soll die Nettoschuld gemäss Finanzplan 1'551 Franken pro Einwohner betragen. Aktuell ist ein Nettovermögen von 420 Franken pro Einwohner vorhanden. Im Vergleich dazu liegt der schweizerische Durchschnitt bei einer Nettoschuld von rund 3'000 Franken.

Bezugnehmend auf das Einstiegsvotum von Hansruedi Bachmann erklärt der Stadtpräsident, dass sich die Abnahme des Vermögens auf verschiedene Investitionen zurückführen lässt. So wurde neben Strassensanierungen beispielsweise auch der Umbau des Pflegeheims finanziert oder auch der Bau der Demenzstation, welcher vollumfänglich zu Lasten der Stadtrechnung ging.

Die Investitionen im Jahr 2019 betragen 3,7 Millionen Franken, wovon 1,3 Millionen Franken spezialfinanziert sind. Die Höhe des Investitionsvolumens ist etwas zu gering und müsste aufgrund der Infrastruktur leicht höher sein, um nicht irgendwann mit einem grossen Nachholbedarf konfrontiert zu werden. Der Investitionsplan über die Jahre 2019-2023 sieht gesamthaft 32,8 Millionen Franken vor, was in einem guten Verhältnis steht.

Der Grossteil der geplanten Investitionen ist für die Infrastruktur vorgesehen. So sind unter anderem im Bereich der Sportanlagen, der Gemeindestrassen, der Abwasserbeseitigung sowie für Gewässerverbauungen Massnahmen geplant. Bei den grösseren Investitionen ist vorgesehen, dass diese zu Paketen zusammengefasst und der Stimmbevölkerung aus Gründen der Transparenz als ein Gesamtpaket zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen. Im Weiteren sind Gelder für Investitionen im Bereich der Verwaltung sowie für freie Gemeindeaufgaben, wie Projektierungskosten für einen Umbau der Jugendherberge oder die Initialisierung von Schlüsselprojekten wie z.B. einer Mehrzweckhalle, eingestellt.

Das Finanzierungsergebnis gestaltet sich unter Miteinbezug der höheren Entlastung durch den Kanton positiver, aber nach wie vor ist die Selbstfinanzierung zu tief und der Selbstfinanzierungsgrad von

100 % kann nicht erreicht werden. Eine Steuerfusserhöhung zugunsten eines Finanzierungsüberschusses wurde von der Gemeindeversammlung zweimal abgelehnt. Trotz der besseren Entwicklung und den Sparbemühungen muss weitergearbeitet werden, um irgendwann einen Schuldenabbau erreichen zu können.

Diskussion

Der Stadtpräsident eröffnet die Diskussion zum Budget 2019.

Hanspeter Bolliger, Präsident des Musikvereins, möchte zum Konto 32 „Übrige Kultur“ einen Antrag stellen. Er erklärt, dass die Stadt mit allen Vereinen eine Leistungsvereinbarung abschliessen möchte. Dies wird grundsätzlich begrüsst, da die Pflichten und Rechte darin festgehalten werden sollen. Zudem ist gemäss Budget 2019 davon auszugehen, dass die Vereine dieselben Beträge erhalten sollen, wie bisher. Einzig der Musikverein wie auch die Jugendmusik sollen mittels einer Leistungsvereinbarung eine Beitragskürzung von 15 % für die nächsten Jahre eingehen. Wie viel bei den anderen Vereinen gekürzt werden soll, ist nicht bekannt. Dies stellt für ihn eine Ungleichbehandlung dar, weshalb der Antrag gestellt wird, dass auf die Kürzung der Beiträge von 15 % verzichtet wird.

Hanspeter Bolliger führt weiter aus, dass die erhaltenen Beiträge seit 30 Jahren unverändert sind. In dieser Zeit ist die Einwohnerzahl um ca. 3'000 Personen gestiegen und die Belastung pro Einwohner damit um ein Drittel gesunken. Der Musikverein organisiert die Ausbildung der Jugendmusik in Eigenregie und betreibt Jugendförderung. Musikverein wie auch Jugendmusik engagieren sich seit Jahrzehnten für die Öffentlichkeit. Eine Vergleichbarkeit der beiden Budgets 2018 und 2019 ist nicht möglich, weil mit unterschiedlichen Steuerfüssen gerechnet wurde.

Hanspeter Bolliger führt weiter aus, dass eine Leistungsvereinbarung dem Stadtrat die Möglichkeit eröffne vorbei an der Budgetgemeindeversammlung die Beiträge zu bestimmen und damit das Budget auszuhebeln. Er rechnet weiter vor, dass die Stadt durch den Abtausch des Chinderhuus Sunnehof gegen die Sportkoordination bereits das Sparziel erreicht hat. Das Sparpotenzial der Kontengruppen 31 und 32 von rund 22'000 Franken steht zudem in keinem Verhältnis zu einem Gesamthaushalt von 16 Millionen Franken. Es ist deshalb für ihn unverständlich, dass genau dort gespart werden soll, wo die meiste Freiwilligenarbeit angesiedelt ist. Mit diesen Kürzungen wird die Motivation von vielen Freiwilligen eingeschränkt. Deshalb soll auf diese Kürzungen verzichtet werden. Er wiederholt, dass der Musikverein und die Jugendmusik beantragen aus den genannten Gründen auf die Leistungsvereinbarung mit der Beitragskürzung von 15 % zu verzichten.

Der Stadtpräsident nimmt diesen Antrag entgegen und erklärt sein grundsätzliches Verständnis für die Anliegen des Antragstellers. Er weist jedoch daraufhin, dass das Budget keine Kürzungen enthält, solange diese nicht mit den entsprechenden Institutionen vorbesprochen und einvernehmlich geregelt sind. Die Beiträge für den Musikverein sind auch für das Jahr 2019 im üblichen Rahmen eingestellt, es kann und muss also nichts rückgängig gemacht werden. Es wird mit allen Vereinen und nicht nur mit dem Musikverein über mögliche Einsparungen oder das Erbringen von Leistungen diskutiert und diese bei Einigkeit umgesetzt.

Der Stadtpräsident verdeutlicht nochmals, dass in dieser Diskussion Budgetpositionen angepasst werden können. Jedoch kann mit einem solchen Antrag nicht in die Kompetenz des Stadtrates, was die Aushandlung einer Leistungsvereinbarung darstellt, eingegriffen werden.

Hanspeter Bolliger stimmt dem bei, dass im vorgelegten Budget keine Kürzungen erkennbar sind. Er weist jedoch daraufhin, dass in der Leistungsvereinbarung der Hinweis vorbehaltlich der Genehmigung durch die Budgetgemeindeversammlung angebracht ist. Er stört sich daran, dass die Stimmbölkung keine Kenntnis davon hat, wie hoch die Leistungskürzungen ausfallen sollen, weil die Beiträge im Budget unverändert sind. Er unterstellt dem Stadtrat ein häppchenweises Vorgehen und schlägt stattdessen vor, erst Verhandlungen aufzunehmen, wenn alle Grundlagen vorhanden sind.

Der Stadtpräsident weist daraufhin, dass die ausgehandelte Leistungsvereinbarung noch nicht im Stadtrat behandelt wurde. Aus diesem Grund haben die Beiträge im Budget auch noch keine Veränderung erfahren. Der Stadtrat hatte sich bewusst gegen eine lineare Kürzung ausgesprochen und wollte die Verhandlungen mit jedem Verein individuell führen um dessen Situation besser berücksichtigen zu können. Er stellt jedoch klar, dass es zu keinem Zeitpunkt darum ging, irgendetwas zu verheimlichen.

Die Ressortverantwortliche Freizeit und Sport, Stadträtin Petra Keel, erklärt nochmals kurz woher die Idee mit den Leistungsvereinbarungen stammte und dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates grosse Vorbehalte hatten, bei den Vereinen Einsparungen vorzunehmen. In dieser Versammlung wurde jedoch schon aufgezeigt, dass die Stadt sehr viele Verpflichtungen hat, die gebunden und daher kaum veränderbar sind. Damit blieb als einer der wenigen Spielräume jener der Beiträge für Vereine übrig. Wie bereits vom Stadtpräsidenten ausgeführt, sprach sich das Gremium gegen eine lineare Kürzung aus und entschied sich für die individuelle Behandlung im Wissen, dass es ein langwieriger Prozess sein würde. Die Ressortverantwortliche ist mit verschiedenen Vereinen im Gespräch, arbeitet die Grundlagen mit ihnen auf und versucht Lösungen zu finden.

Der Stadtpräsident fügt hierzu an, dass die Verhandlungen nicht per se bedeuten müssen, dass Leistungen bzw. Gelder gekürzt werden. Es kann durchaus auch sein, dass ein Verein mit seinen Leistungen die Stadt entlasten kann. Diese gilt es zu identifizieren. Er stellt nochmals fest, dass das grundsätzliche Anliegen des Präsidenten des Musikvereins Transparenz ist. Dies soll so aufgenommen und am kommenden Vereinspräsidententreffen im Februar nochmals diskutiert werden. Auch stellt er die Prüfung eines allfälligen Reglements, ähnlich zur kantonalen Verordnung über den Kulturfonds, in Aussicht.

Der Antrag wird von Hanspeter Bolliger unter der Bedingung, dass Transparenz geschaffen wird, zurückgezogen.

Der Stadtpräsident nimmt den Rückzug zur Kenntnis und schlägt ein zweistufiges Vorgehen vor: Das Thema Beitragskürzungen wird an der Präsidentenkonferenz thematisiert und besprochen. Anschliessend findet die formelle Berichterstattung zu weiteren Vorgehen mit einem Traktandum an der Gemeindeversammlung bis spätestens November 2019 statt.

Jonas Rügge stellt fest, dass die Position 3220 bereits um 4'000 Franken gegenüber dem Budget 2018 reduziert wurde.

Der Stadtpräsident erklärt, dass sich die Art zu budgetieren gegenüber früher verändert habe. Aktuell werden die effektiven Zahlen des Vorjahres jeweils herangezogen und unter Beachtung weiterer Entwicklungen der Budgetbetrag festgelegt. Früher wurde dann jeweils noch auf die nächsthöhere Zahl gerundet. Es handelt sich bei dieser Reduktion nicht um eine effektive Kürzung.

Aliye Gül versteht, dass in diesem Budget keine Reserven mehr enthalten sind. Sie möchte jedoch auf den vorherigen Antrag zurückkommen. Sie kann nicht verstehen, wenn keine Kürzungen im Budget vorgesehen sind, weshalb dann die Leistungsvereinbarungen überdacht werden sollen. Es gibt Vereine, bei welchen die zu erbringenden Leistungen klar sind. Nun wurde die Aussage gemacht, dass die Leistungen nicht gekürzt werden.

Die Ressortverantwortliche Freizeit und Sport erklärt, dass mit den Vereinen Leistungsvereinbarungen gemacht werden sollen um Transparenz schaffen zu können. Es soll den Vereinen aufgezeigt werden, was sie von der Stadt erhalten und was sie für die Stadt tun können, damit das Budget entlastet werden kann.

Der Stadtpräsident wiederholt, dass damit Transparenz geschaffen werden kann, welcher Verein wieviel und wofür erhält. Bei den meisten Vereinen werden Leistungen auf Vertrauensbasis erbracht,

lediglich die Juniorenförderbeiträge stellen hier eine Ausnahme da. Weiter wiederholt er nochmals, dass im Budget keine Kürzungen vorhanden sind, jedoch mit den Vereinen Verhandlungen geführt werden sollen, wie sie der Stadt bei der Entlastung des Budgets helfen können. Wenn keine Einigung erreicht werden kann, werden vorerst auch keine Kürzungen vorgenommen.

Rita Geisser, Präsidentin Frauenturnverein, möchte wissen, ob die Sportkoordination eine neugeschaffene Stelle ist.

Die Ressortverantwortliche Freizeit und Sport erklärt, dass die Initiative für eine Sportkoordination von der Primarschulgemeinde ausging. Als Hallenbesitzerin wurde insbesondere die Verwaltung ausserordentlich häufig mit Belegungsanfragen vorwiegend von Vereinen konfrontiert. Die Betreuung der Vereine wird jedoch als eine städtische Aufgabe angesehen. Die Stadt auf ihrer Seite führte die Beiträge des Chinderhuus Sunnehof, was in der Fachlichkeit klar der Primarschule zu zuordnen ist. Die Primarschule zeigte sich daher bereit die Beiträge des Chinderhuus Sunnehof zu übernehmen, wenn die Stadt im Gegenzug die Sportkoordination aufbaut. Nach dem Aufbau, welcher durch die Primarschule finanziert und in deren Budget ausgewiesen wurde, wird nun die Sportkoordination ab 2019 durch die Stadt geführt.

Regula Streckeisen, Präsidentin der EVP, stellt fest, dass im Konto 5441 offene Jugendarbeit grosse Kürzungen vorgenommen wurden. Die Partei hat Verständnis für die Sistierung des Jugendtreffs. Es ist ihr aber ein grosses Anliegen, dass möglichst bald wieder eine Jugendarbeit installiert wird, weil dies als sehr wichtig erachtet wird. Weiter äussert sie Bedenken, dass im darauffolgenden Jahr die Beiträge für die Jugendarbeit nicht in einer angebrachten Höhe eingestellt werden könnten, weshalb sie gerne ein Versprechen dafür möchte.

Die Ressortverantwortliche Freizeit und Sport stimmt dem zu und erklärt, dass die Neuorientierung etwas länger als angenommen dauert. Der ganze Jugendtreffbetrieb musste erst heruntergefahren werden, bevor mit der Neulancierung der Jugendarbeit gestartet werden konnte. Am kommenden Samstag findet ein Workshop mit den unterschiedlichsten Vertretern, welche alle mit Jugendarbeit zu tun haben, statt. Basierend auf dem heutigen Jugendleitbild soll bis Mitte 2019 ein neues Konzept erarbeitet und ins Leben gerufen werden. Als Mutter eines Teenagers ist es ihr wie auch dem Leiter der Sozialen Dienste ein grosses Anliegen, dass die Jugendarbeit wieder ausgebaut werden kann und dementsprechend sollen für das Budget 2020 wieder höhere Beträge vorgesehen werden.

Hans Gächter bezieht sich auf das Konto 6150.3141.26 „Verkehrsberuhigungsmassnahmen“ für die Salmsacher-, Rüti- und Hafenstrasse. Er beantragt, dass dieser Betrag gekürzt wird. Insbesondere begründet er dies damit, dass die Salmsacher- wie auch die Rütistrasse genügend schmal sind und über verkehrsberuhigende Massnahmen wie blaue Zonenparkplätze oder Rechtsvortritte verfügen. Weiter wäre nach ihm eine Beruhigung der Rütistrasse nicht notwendig, wenn das aktuelle Verkehrsregime an der Alleestrasse nicht wäre. Zudem ist die angebrachte Verkehrsberuhigung im unteren Teil der Hafenstrasse in Form der Pflasterung nach ihm unglücklich, weil diese zusätzlichen Lärm verursacht. Würde aber auch in diesem Fall das Verkehrsregime der Bankstrasse wieder angepasst, wären diese Massnahmen nicht notwendig.

Auf Nachfrage des Stadtpräsidenten zum genauen Wortlaut des Antrages verlangt der Antragsteller die komplette Streichung der 30'000 Franken im Konto 6150.3141.26.

Hans Gächter meldet einen weiteren Antrag zum 6151.3130.00 „Dienstleistungen Dritter“ (Parkplatzbewirtschaftung) an. Wie er bereits an der letzten Budgetgemeindeversammlung anbrachte, würde er eine Bewirtschaftung der Parkplätze beim Eissportzentrum Oberthurgau (EZO) begrüssen. Für ihn ist es eine Ungleichbehandlung, dass die Sportler am See für den Parkplatz bezahlen müssen und dieser grosse Parkplatz beim EZO nicht bewirtschaftet ist. In Erwartung, dass es mit dem Restbetrag von

20'000 Franken eine gute Parkuhr gibt, stellt er den Antrag die Position um 60'000 Franken, von den budgetierten 80'000 Franken für das Konzept Erweiterung Parkplatzbewirtschaftung, zu kürzen.

Den nächsten Antrag meldet Hans Gächter zum Konto 6340.3131.00 „Dienstleistungen Dritter, Honorare“ (Verkehrsplanung) an. Er beantragt die eingestellten 50'000 Franken zu streichen.

Der Ressortverantwortliche Verkehr und Integration, Stadtrat Urs Oberholzer, nimmt Bezug auf den ersten Streichungsantrag. Betreffend der Salmsacherstrasse liegt der Stadt eine Petition für die Beruhigung und die Einführung einer Tempo 30 Zone vor. Er ist mit dem Antragssteller gleicher Meinung, dass die Salmsacherstrasse baulich gesehen grundsätzlich ausreichend beruhigt ist, jedoch ist insbesondere die Schnittstelle zur Arbonerstrasse noch zu überprüfen.

Der Ressortverantwortliche Verkehr und Integration führt weiter aus, dass im eingestellten Betrag nicht nur Massnahmen sondern auch noch die Kosten für die Projektierung der Sanierung der oberen Hafenstrasse enthalten sind.

Zur Rütistrasse erklärt der Ressortverantwortliche, dass der Stadtrat das Ziel verfolgt die Innenstadt zu beruhigen und Tempo 30 einzuführen. Mit der neuen Verkehrsführung der Alleestrasse hat die Rütistrasse eine neue Funktion erhalten. Aufgrund der Breite werden jedoch bauliche Massnahmen notwendig, um eine Tempo 30 Zone einrichten zu können.

Der Ressortverantwortliche Verkehr und Integration erläutert zur Hafenstrasse, dass diese ebenfalls mit einem Tempo 30 Regime versehen werden soll, weshalb auch bereits Massnahmen, wie die Pflasterung eingebaut wurden. Er ersucht die Gemeindeversammlung diese Gelder nicht zu streichen.

Der Stadtpräsident weist ergänzend darauf hin, dass kleinere Investitionen aufgrund von HRM2 in der Erfolgsrechnung geführt und belastet werden müssen.

Markus Büchi fragt, ob die Pflasterung in der Hafenstrasse nicht wieder entfernt werden kann.

Der Ressortverantwortliche Verkehr und Integration erwidert, dass dies durchaus möglich wäre, aber einem Schildbürgerstreich gleich kommen würde. Eine Entfernung der Pflasterung wäre entgegen der Planung und damit der anvisierten Beruhigung des Stadtzentrums.

Markus Büchi fragt nach, in welchem Zeitraum die weiteren baulichen Massnahmen erwartet werden dürfen.

Der Ressortverantwortliche Verkehr und Integration stellt in Aussicht, dass diese 2019 erfolgen sollen oder sonst spätestens 2020. Den genauen Umsetzungszeitpunkt gibt das Ressort Hoch- und Tiefbau vor.

Kurt Ackermann möchte gerne wissen, ob die Führung der Buslinien in einer Tempo 30 Zone, wie in der Salmsacherstrasse angedacht, überhaupt möglich ist.

Der Ressortverantwortliche Verkehr und Integration bejaht diese Frage. Bereits heute fährt der Busverkehr in Tempo 30 Zonen. Einzig die Kompatibilität mit dem Busfahrplan muss gegeben sein. Dies ist mit der heutigen Wartezeit am Bahnhof erfüllt.

Ueli Aeschbacher erzählt, dass sich die Hafen- und Bankstrasse in den letzten Jahren zu einem interkantonalen Kurs für laute Fahrzeuge entwickelt haben. Aus seiner Sicht ist es wichtig, dass diese Strassen beruhigt werden.

Bereinigung Streichungsantrag: Konto 6150.3141.26 Streichung von 30'000 Franken wird mit 95 Ja- zu 133 Nein-Stimmen abgelehnt.

Zum Kürzungsantrag von 60'000 Franken im Konto 6151.3130.00 erklärt der Stadtpräsident, dass es sich hierbei um eine Spezialfinanzierung handelt und eine Kürzung keine Auswirkungen auf das Ergebnis hätte.

Der Ressortverantwortliche Verkehr und Integration erklärt zu diesem Kürzungsantrag, dass der Parkplatz vom EZO, wie vom Antragsteller richtig festgestellt wird, nicht bewirtschaftet wird. Diese Ungleichheit soll behoben werden. Weiter führt er aus, dass die Stadt in der neuen Bodanüberbauung öffentliche Parkplätze finanziert hat. Diese Parkplätze sind schlecht ausgelastet, weil nach wie vor oberirdisch auf den Flächen der Blauen Zone parkiert wird. Mit einer Anpassung des Parkplatzregimes sollen die Autofahrer motiviert werden, die Parkplätze im Bodan zu benutzen. Mögliche Massnahmen stellen unter anderem eine Reduktion der oberirdischen Parkplätze oder eine monetäre Bewirtschaftung dar. Dies kann zusätzlich durch die Tarifgestaltung unterstützt werden. Im Rahmen der kommunalen Richtplanung wurden vom Stadtrat die Erweiterung der Gebiete für die monetäre Bewirtschaftung sowie eine Anpassung der Blauen Zonen geprüft und für richtig befunden. Die Umsetzung benötigt Zeit und ist arbeits- sowie ressourcenintensiv, weil die kantonalen Verfahren mit allen Ansprüchen eingehalten werden müssen. Zudem kostet diese Umsetzung etwas, diese wird jedoch durch die Spezialfinanzierung finanziert.

Thomas Sonderegger hat Verständnis, dass Parkplätze bewirtschaftet werden sollen. Jedoch ist es für Familien mit Kindern, welche die sehr kostenintensive Freizeitbeschäftigung Hockey pflegen, unzumutbar auch noch Parkplatzgebühren zu bezahlen, zum Beispiel wenn die Kinder zum Training gebracht werden und die Eltern warten müssen.

Der Stadtpräsident weist darauf hin, dass nicht über die einzelnen Bewirtschaftungsarten befunden werden kann. Diese müssen über die ordentlichen Verfahren festgelegt werden. Hier an der Budgetversammlung kann nur über die Streichung des Betrages befunden werden. Jedoch werden die unterschiedlichen Haltungen zu Fragen der Parkplatzbewirtschaftung mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Thomas Sonderegger stellt einen Streichungsantrag der kompletten Position.

Der Stadtpräsident kommt zur Bereinigung der Anträge. Er erklärt, dass zuerst die beiden Anträge aus der Versammlung einander gegenübergestellt werden und der obsiegende dem Budgetantrag der Stadt gegenübergestellt wird. Jeder Stimmberechtigte hat pro Gegenüberstellung eine Stimme.

Er macht weiter darauf aufmerksam, dass insbesondere das Gewerbe immer wieder um die monetäre Bewirtschaftung der Parkplätze in der Innenstadt ersucht hat, damit die Langzeitparkierung vor den Geschäften unattraktiv gemacht wird und für kurze Besorgungen der notwendige Parkraum vorhanden ist.

Der Ressortverantwortliche Verkehr und Integration fasst nochmals zusammen, was die Auswirkungen einer vollständigen Streichung dieser Position wären.

Der Stadtpräsident versichert der Versammlung, dass die eingestellten Kosten nicht vollumfänglich für Planungen aufgebraucht werden. Um aber arbeiten und die Bewirtschaftung weiter entwickeln zu können, sind die Gelder notwendig. Er appelliert an die Versammlung nicht die ganze Position zu streichen.

Der Antrag Gächter, mit der Kürzung um 60'000 Franken, wird dem Antrag Sonderegger, komplette Streichung der Position, gegenübergestellt.

Der Antrag Gächter obsiegt klar.

Anschliessend stellt der Stadtpräsident den Antrag Gächter dem Budgetantrag gegenüber.

Die erste Zählung ergibt eine Abweichung zu den gemeldeten Anwesenden, weshalb der Stadtpräsident diese für ungültig erklärt und wiederholen lässt.

In der zweiten Zählung wird der Antrag Gächter mit 129 zu 126 Stimmen knapp angenommen.

Zum letzten Streichungsantrag von Hans Gächter zum Konto 6340.3131.00 erklärt der Ressortverantwortliche Verkehr und Integration, dass aus dem kommunalen Richtplan eine umfangreiche Liste mit Massnahmen im Bereich Verkehr hervorging. Die Umsetzung dieser Massnahmen bedingt jeweils entsprechende Planungen, welche nun mit diesem Kredit angegangen werden sollen. Als Beispiele bringt er Verbesserungen für die Velofahrenden auf der Hofstrasse oder eine sicherere Fussgängerüberquerung der Arboner-, Salmsacher und Kastaudenstrasse an.

Der Streichungsantrag zum Konto 6340.3131.00 wird von den anwesenden Stimmberechtigten deutlich abgelehnt.

Zu den weiteren Kontogruppen wird die Diskussion nicht gewünscht. Auch wird kein Rückkommen gewünscht womit die Behandlung der Erfolgsrechnung abgeschlossen ist.

Der Stadtpräsident eröffnet die Diskussion zur Investitionsrechnung.

Hans Gächter stellt für sich fest, dass nach seiner Ansicht etwas viel geplant wird. Er stellt den Antrag den Betrag im Konto 6150.5010.26 zu streichen.

Der Ressortverantwortliche Verkehr und Integration erklärt, dass es sich um einen Vorprojektierungskredit aus dem Agglomerationsprogramm handelt. Das Agglomerationsprogramm hat verschiedene Schwachstellen im Zusammenhang mit der Abstimmung der verschiedenen Verkehrsträger identifiziert. Weiter sind im Zusammenhang mit dem Behindertengleichstellungsgesetz bis im Jahr 2022 im Bereich Bahnhofplatz Anpassungen vorzunehmen. Insbesondere sind die Haltekanten bei den Bushaltestellen beim Bahnhof betroffen, welche angepasst werden müssen. Im Weiteren ist auch die Abstimmung der Verkehrsträger im Gebiet Begegnungszone Boulevard zu lösen, welche im Zusammenhang mit dem neuen Gestaltungsrichtplan Innenstadt steht. Dieses Gebiet rund um Bahnhof-, Allee- und Bankstrasse bis Panem soll aufgewertet und die Führung der verschiedenen Verkehrsträger optimiert werden. Positiv angemerkt werden kann hierzu, dass der Bund wie auch der Kanton entsprechende Massnahmen mitfinanzieren werden, weshalb diese Chance genutzt werden sollte.

Der Stadtpräsident ergänzt, dass bekannt ist, was in diesen Projekten gemacht werden muss. Es bestand vor einigen Jahren der klare Wunsch, analog zu anderen Städten Projekte im Agglomerationsprogramm einzustellen um entsprechende Gelder abholen zu können. Dies wurde erfolgreich realisiert und verschiedene Projekte sind nun in der Klasse A eingestuft. Die Zusage dieser Gelder bedeutet nicht, dass die Umsetzung umso teurer werden muss. Die Projekte weisen einen hohen Realisierungsgrad aus und sollen nun der Umsetzung zugeführt werden, weil sonst die Finanzierung irgendwann gänzlich durch die Stadt getragen werden muss. In jedem Fall wird aber vor der endgültigen Umsetzung die Stimmbevölkerung darüber befinden können.

Der Streichungsantrag Gächter 6150.5010.26 wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Hans Gächter möchte zum Konto 7201.5060.01 wissen, was bei den WC-Anlagen im Seepark saniert werden muss.

Der Ressortverantwortliche Versorgung und Entsorgung, Stadtrat Patrik Fink, erklärt, dass es sich um die WC-Anlage im Hydrepark handelt und diese ersetzt werden muss. Die Finanzierung erfolgt über die Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung.

Urs Schwendener kann sich nicht vorstellen, dass diese WC-Anlage so defekt ist, dass sie abgebrochen werden muss. Er kann sich vorstellen, dass das Innenleben sowie die Leitungen dieser zwanzigjährigen Anlage ersetzt werden müssen, aber einen Abbruch kann er nicht nachvollziehen.

Der Ressortverantwortliche Versorgung und Entsorgung verfügt über keine eigenen Erfahrungswerte, um detailliert auf diese Frage eingehen zu können.

Urs Schwendener insistiert, dass von einem Abbruch gesprochen wurde und dies ist für ihn nicht nachvollziehbar, da er diese Anlage bestens kennt.

Der Leiter Betriebe Bau und Verkehr, Abteilungsleiter Peter Höltschi, erläutert, dass die Leitungen, welche sich im Mauerwerk befinden, erneuert werden müssen. Zudem ist das Dach nicht mehr dicht. Es ist aber kein Abbruch der Aussenhülle vorgesehen.

Die Diskussion wird nicht mehr weiter gewünscht. Auch ein Rückkommen zu den Einzelkonten der Investitionsrechnung wird nicht verlangt. Die Beratung zur Investitionsrechnung ist damit abgeschlossen.

Zum Finanz- und Investitionsplan bestehen keine weiteren Fragen.

Der Stadtpräsident bringt das Budget wie auch den Steuerfuss zur Abstimmung. Das Budget wie auch der Steuerfuss von 72 % werden einstimmig angenommen.

Beschluss

1. Die Gemeindeversammlung beschliesst einstimmig:
 - 1.1. Das Budget der Politischen Gemeinde für das Jahr 2019 (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) wird mit der vorgenannten Änderung genehmigt.
 - 1.2. Der Steuerfuss der Politischen Gemeinde für das Jahr 2019 wird auf 72 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.
2. Auszug an:
 - 2.1. Finanzverwaltung
 - 2.2. Steuerverwaltung
 - 2.3. Akten

2 09.03.03 Budget Regionales Pflegeheim - Budget 2019 - Kenntnisnahme

Sachverhalt

Die Ressortverantwortliche Gesundheit, Stadträtin Käthi Zürcher, stellt zu Beginn ihrer Präsentation zum Budget des Regionalen Pflegeheims im positiven Sinn fest, dass sich die Versammlung rund zwei Stunden vor dem Fahrplan der letztjährigen Versammlung befindet.

Das Pflegeheim budgetiert für das Jahr 2019 einen höheren Betriebsertrag aufgrund einer höheren Bettenbelegung. Auf der Kostenseite erhöht sich aber auch der Personalaufwand, welcher insbesondere durch den höheren Betreuungsaufwand in der Demenzstation verursacht wird. Im kommenden Jahr wird auch wieder eine Tranche der Rückzahlung des Kredites an die Stadt fällig, womit die Schuld auf 2.76 Millionen Franken sinkt und in den nächsten zwölf Jahren ganz abbezahlt werden soll. Die Betriebskommission rechnet mit einem positiven Ergebnis von 220'700 Franken für das Jahr 2019.

Die Bettenbelegung mit durchschnittlich 71 von 73 Betten wird für das Jahr 2019 ehrgeizig prognostiziert. Die Ressortverantwortliche hält fest, dass die Menschen immer später ins Pflegeheim eintreten, was die Planung massgeblich erschwert. Das Pflegeheim mit den 64 Vollzeitstellen, wovon neun Auszubildende sind, beschäftigt rund 90 Personen und gehört damit zu den zehn grössten Arbeitgebern in Romanshorn.

Aufgrund der grösseren Investition im 2018 mit dem Ersatz der Lüftung fallen die Investitionen 2019 in die Infrastruktur bescheidener aus und werden vorwiegend für Krankencamionen eingesetzt.

Es werden keine Fragen zum Budget des Regionalen Pflegeheims gestellt und das Budget damit zur Kenntnis genommen.

Verschiedenes / Anlässe

Der Stadtpräsident eröffnet die Umfrage für Verschiedenes.

Hans Gächter stellt fest, dass für die Nutzung vom öffentlichen Grund von Gastrobetrieben keine Position im Budget eingestellt wurde. Er würde es begrüssen, wenn im Budget 2020 ein entsprechender Betrag dazu eingestellt wird.

Der Stadtpräsident erklärt, dass Leitlinien für die Nutzungen des öffentlichen Grundes erstellt und die Gastrobetriebe darüber informiert wurden. Bei den Betrieben, welche eine Aussenbestuhlung aufweisen, ist es häufig der Fall, dass der Hauptanteil privater Grund ist. Die Erhebungen hierzu wurden durch das Amt für Sicherheit aufgenommen, konnten aber aus personellen Gründen nicht abgeschlossen werden. Dies soll jedoch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Diese Leitlinien verfolgen das Ziel einer einheitlichen Gestaltung des Aussenraumes. Die Betreiber sollen motiviert werden, den öffentlichen Grund zu nutzen und damit eine Belebung zu erreichen. Natürlich stellt es auch eine Einnahmequelle dar, welche es zu erschliessen gilt. Zurzeit können jedoch noch keine Beträge budgetiert werden. Weiter fügt der Stadtpräsident an, dass die Stadt schon vor einiger Zeit ein Polizeireglement erstellt, jedoch noch nicht erlassen hat. Dies soll erst in Kraft gesetzt werden, wenn disziplinarische Massnahmen notwendig werden.

Walter Stünzi liest in den Ressortberichten Hoch- und Tiefbau sowie Freizeit und Sport zur Seebadsanierung, dass gleichzeitig eine neue Steganlage erstellt werden soll. Gemäss Aussagen des Oberkapitäns der Schweizerischen Bodensee Schifffahrt ist der aktuelle Seewasserstand seit 2010 nie mehr so tief gewesen. Es wäre wohl der beste Zeitpunkt um den neuen Steg zu erstellen, damit sich die unter anderem durch den Rekordsommer erhitzten Gemüter wieder abkühlen können. Er legt dem Ressort Freizeit und Sport sowie Hoch- und Tiefbau nahe die Erstellung der neuen Steganlage bis zum Saisonstart 2019 umzusetzen – dann würden sie mit einem grossen Applaus aus ihrem Amt verabschiedet.

Die Ressortverantwortliche Freizeit und Sport bedankt sich für das Votum und erklärt nochmals, dass ein Einbau des Steges zum ursprünglich geplanten Zeitpunkt zu einer Verdoppelung der Kosten ge-

führt hätte und dies von der Versammlung mit Sicherheit nicht goutiert worden wäre. Sie versichert, dass bis zur Saisonöffnung des Seebades ein neuer Steg vorhanden sein wird. Sie bittet einfach noch um etwas Geduld, damit die notwendigen Entscheide und Vorarbeiten gemacht werden können.

Andrea Deutschle möchte wissen, wer den ursprünglich geplanten Steg gebaut hätte und wie viele Kosten bis zum Stopp verursacht wurden.

Die Ressortverantwortliche Freizeit und Sport erklärt, dass am Steg noch weiter geplant wird und bis jetzt noch keine eigentlichen Baukosten entstanden sind. Zudem sind noch die notwendigen Bewilligungen vom Kanton einzuholen.

Andrea Deutschle stellt fest, dass für den Steg in dem Fall zu diesem Zeitpunkt noch gar keine Bauarbeiten stattgefunden haben.

Die Ressortverantwortliche erklärt, dass die Einzelteile des Steges aufgrund des Seepiegels nicht montiert werden konnten. Für die Montage waren keine Bauarbeiten notwendig.

Andrea Deutschle hat die Ruhe an der Badstrasse in den vergangenen drei Wochen sehr genossen. Sie möchte gerne wissen, weshalb die Baustelle im Seebad solange brach lag.

Die Ressortverantwortliche Freizeit und Sport erklärt, dass die Bauarbeiten umgehend nach Saisonende aufgenommen wurden. Die Sanierung befindet sich im Zeitplan.

Esther Egli möchte gerne wissen, wie die Geschichte mit dem Brunnen im Spitz ausging.

Der Ressortverantwortliche Versorgung und Entsorgung gibt gerne wieder Auskunft zu diesem Thema: Die beiden Parteien stehen nach wie vor in Verhandlungen. Er hält fest, dass ein zeitintensiver und konstruktiver Austausch geführt wird.

Ernst Züllig teilt die Feststellung, dass das Bodanparkhaus schlecht genutzt wird und er hat sich Gedanken gemacht, weshalb dies so ist. Er schlägt vor, dass die Parkplätze am See, unterhalb des Panems, aufgehoben und damit eine höhere Auslastung des Bodans erreicht werden kann. Es ist für ihn eine Luxussituation, dass die parkierten Fahrzeuge Seesicht geniessen dürfen und bedauert, dass Gäste im Panem nur Fahrzeuge sehen.

Der Stadtpräsident stimmt dieser Feststellung zu und erklärt, dass nicht nur öffentliche sondern auch noch private Parkplätze dort angesiedelt sind. Auch für diese Problemstellung wird nach Lösungen gesucht.

Urs Köppel stimmt dem vorgehenden Votant ebenfalls zu. Im Durchschnitt sind fünf Fahrzeuge im Bodan parkiert. Er schlägt vor, dass die Möglichkeit von Dauerparkierern geprüft werden soll. Damit könnte ein zusätzlicher Ertrag generiert und die Bekanntheit des Parkhauses könnte gesteigert werden. Eventuell müsste auch die Signalisation überprüft werden, damit es auch für Auswärtige augenscheinlich wird.

Der Stadtpräsident erklärt, dass die Stadt mit der Eigentümerin eine Personaldienstbarkeit über den Betrieb der Bodanparkplätze abgeschlossen hat, selber aber keine Parkplätze im Bodanparkhaus besitzt. Aus diesem Grund entsteht der Stadt aus dieser Unternutzung auch keinen Schaden. Die Eigentümerin ist vollumfänglich für den Betrieb der Parkplätze zuständig. Anlässlich des Entscheides des Stimmvolkes im 2012 waren noch mehr Tiefgaragenplätze angedacht, diese fanden jedoch keine Mehrheit. Wären diese zusätzlichen Parkplätze bewilligt worden, hätten sämtliche Parkplätze am See aufgehoben werden können.

Kurt Uhler hat eine Frage zur Reckholdernstrasse im Zusammenhang mit den ganzen angesprochenen Verkehrsberuhigungen. Er stellt fest, dass sich der Verkehr verlagert hat und die Reckholdernstrasse zu einer Rennstrecke wird. Zudem wird die Strasse an Anlässen rund um die Anlagen Weitenzelg und Fussballplatz zuparkiert und erschwert den Verkehr für die Anwohner.

Der Ressortverantwortliche Hoch- und Tiefbau, Stadtrat Christoph Suter, kennt die Problematik und erklärt, dass es sich bei der Reckholdernstrasse nach wie vor um eine Kantonsstrasse mit Tempo 50 handelt, was die Umsetzung von Beruhigungsmassnahmen sehr schwierig macht. Zudem ist bekannt, dass sich die kantonalen Stellen in diesem Thema sehr zurückhaltend geben. Er stellt in Aussicht, diesbezüglich das Gespräch mit dem Kanton zu suchen.

Kurt Uhler begrüsst dieses Vorgehen und weist daraufhin, dass mit der Zunahme des Verkehrs die Wohnqualität in diesem Bereich abnimmt.

Aliye Gül möchte nochmals darauf hinweisen, dass die von der Gemeindeversammlung gutgeheissene Streichung in der Kontogruppe 6151 (Parkierung) keine Auswirkung auf das Ergebnis hat, da es sich um eine Spezialfinanzierung handelt.

Der Stadtpräsident pflichtet dem bei, die Streichung hat keinen Einfluss auf das Ergebnis.

Da die Umfrage nicht weiter genutzt wird, möchte der Stadtpräsident noch kurz eine Erklärung zu den angesprochenen Mietlösungen für die Verwaltung machen. Die Mietverhältnisse für die Räumlichkeiten der Sozialen Dienste und der Bauverwaltung wurden von der jeweiligen Liegenschaftsbesitzern bzw. den Vermietern aufgelöst, weshalb neue Lösungen gefunden werden mussten. Für die Bauverwaltung konnte eine äusserst günstige Zwischenlösung in der alten Post gefunden werden. Im Moment wird davon ausgegangen, dass die Bauverwaltung ihr definitives Domizil an der Bahnhofstrasse 13 haben wird. Die Fortschritte in der Umsetzung dieses Zieles sind noch etwas harzig, aber es wird stetig daran gearbeitet und die Zeichen stehen gut. Die Sozialen Dienste werden ihr Domizil im Konsumhof haben, wo auch bereits das Steueramt angesiedelt ist.

Jürg Kocherhans möchte sich Namen des Organisationskomitees Turnfest 2018 für die Unterstützung durch die Stadt bedanken. Im Speziellen dankt er dem Stadtpräsidenten wie auch der Ressortverantwortlichen Freizeit und Sport, welche drei Jahre lang den Anlass begleitet und unterstützt haben. Auch bedanken möchte er sich bei der Gemeindeversammlung, welche im letzten Jahr den Unterstützungsbeitrag von 150'000 Franken im Budget genehmigte, was unter anderem ermöglichte auf die tollen Leistungen vom Werkhofteam zurück zu greifen. Der Dank wird aber auch der Romanshorer Bevölkerung ausgesprochen, welche über längere Zeit verschiedene Immissionen ertragen hat. Der unglaubliche und sehr erfolgreiche Anlass lockte nicht nur zahlreiche Turnende und Besuchende von nah und fern an, sondern fand auch ein grosses Interesse bei der Romanshorer Bevölkerung und machte Romanshorn mit seinen Campus- und Seeanlagen weit über die Kantonsgrenzen hinaus bekannt.

Der Stadtpräsident pflichtet diesen Worten bei und bedankt sich seinerseits im Namen von Behörden und Bevölkerung für das grosse Engagement des ganzen OKs. Die Resonanz auf den Anlass ist auch heute noch sehr gross und er wird ebenfalls immer wieder darauf angesprochen.

Der Stadtpräsident stellt vor Ende der Versammlung noch kurz die anstehenden Anlässe vor.

1./2. Dezember 2018	Chlausmarkt
15. Dezember 2018	Stärnliweg
6. Januar 2019	Neujahrsempfang
3. - 5. Mai 2019	150 Jahre Seebahnlinie und Trajekt

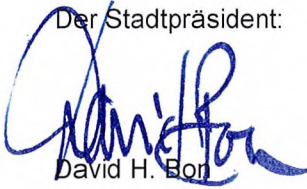
18. Mai 2019
25. Mai 2019

Jubiläum 10 Jahre Spielstrasse
Schluuchfest

Romanshorn, 19. Februar 2019

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident:



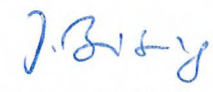
David H. Bon

Die Stadtschreiberin:



Bettina Beck

Die Stimmzähler



Jeannette Bisig



Regula Hug

Helen Gazzi



Hedy Joos